Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7819**

17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Änderungsantrag

der Abgeordneten Steffen Bockhahn, Diana Golze, Jan Korte, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Raju Sharma, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7116, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

**hier: Einzelplan 17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Der Bundestag wolle beschließen:

Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden die Mittel des Titels 684 14 um 8 Mio. Euro erhöht und ausschließlich auf den Bereich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beschränkt. Hierzu werden die Mittel zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Einzelplan 17 Kapitel 17 02 Titel 684 14 um 8 Mio. Euro auf dann 35 Mio. Euro erhöht, wovon 12 Mio. Euro zur Förderung von Beratungsnetzwerken und 23 Mio. Euro zur Förderung von Lokalen Aktionsplänen bzw. Modellprojekten verwendet werden.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Zusammenlegung der Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus mit Maßnahmen gegen andere Formen des vermeintlichen „Extremismus“ ist nicht zielführend und soll daher geändert werden. Ein Bedarf zur Auseinandersetzung mit „Linksextremismus“ in Form von Programmen analog der Programme gegen Rechtsextremismus konnte bisher nicht nachgewiesen, die hierfür vorgesehenen Mittel können für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus genutzt werden.

Mit der leichten Erhöhung der Mittel für Lokale Aktionspläne und Modellprojekte sollen insbesondere in den Regionen weitere Projekte initiiert bzw. unterstützt werden, in denen die NPD bei Wahlen in den vergangenen Jahren besondere Erfolge erzielen konnte und die sich durch eine starke Dominanz der rechtsextreme Szene auszeichnen.

Die Arbeit der Beratungsnetzwerke soll inhaltlich verstetigt und in ihrer Qualität weiter verbessert werden. Hinzu sollen der Aufbau flächendeckender Strukturen von Opferberatungsstellen in den westdeutschen Bundesländern und eine personelle Ausweitung der mobilen Beratungsarbeit kommen. Hierfür ist eine deutliche Erhöhung der Mittel in diesem Bereich auf mindestens 12 Mio. Euro notwendig.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333